

Interview mit José Bodas Lugo

Generalsekretär der größten venezolanischen Erdölgewerkschaft FUTPV
(Federación Unitaria de Trabajadores del Petróleo y el Gas de Venezuela)

02.02.2026 via Videokonferenz, redigiertes Transkript

Interviewer: Christian Menz, Simon Ernst
(Internationaler Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Köln, IGAKK)

Vorwort: Venezuela nach Militärschlag und Amnestie – und die vergessenen Gewerkschafter*innen

Nach den militärischen Angriffen der USA auf Caracas vom 3. Januar 2026 mit mehr als 100 Toten, bei denen Staatschef Maduro gefangen genommen wurde, hat sich die politische Lage in Venezuela in kurzer Zeit tiefgreifend verändert: Für viele bedeutet das eine gewaltsame Einordnung des Landes als „US-Hinterhof“ – zugleich aber auch eine widersprüchliche Phase. Denn es öffnet sich ein Zeitfenster, in dem die Regierung geschwächt ist und Arbeitnehmer und Gewerkschaften neuen Mut fassen, für demokratische Freiheiten einzutreten.

Seit Anfang Februar liegt auch ein Entwurf für ein Amnestiegesetz vor – Beschluss im Parlament voraussichtlich am 12./13.02. Prominente Oppositionelle werden bereits seit einigen Tagen freigelassen – doch aus dem Ölsektor kommt Alarm: Der Ölarbeiter und Gewerkschafter José Bodas Lugo (PDVSA/FUTPV) spricht von „etwas mehr als hundert“ weiterhin inhaftierten Arbeiter*innen und Gewerkschaftsfunktionär*innen – viele Fälle würden nicht als „politisch“ behandelt und drohen deshalb durch die Amnestie-Logik zu fallen. Das Gesetz tue zudem nichts zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit.

Parallel wird der Ölsektor rechtlich weiter für große Ölkonzerne geöffnet – und genau dort sind Tarifverhandlungen seit Jahren blockiert, Löhne und soziale Rechte erodieren, die Ölreform von Ende Januar könnte das verhärten.

Was wir in Deutschland tun können?

Fälle sichtbar machen, Gewerkschaftsrechte einfordern, direkte Kontakte stärken. Vor diesem Hintergrund haben wir am 2. Februar, knapp einen Monat nach dem Angriff auf Caracas, mit José Bodas Lugo das folgende Interview geführt. Er war zuletzt am 28. Januar 2026 Sprecher auf einer ersten öffentlichen Protest-Versammlung von Erdölarbeiter*innen. Der IGAKK hat sich mit deren Forderungen solidarisiert: Tarifvertrag, existenzsichernde Löhne, soziale Absicherung inkl. Sicoprosa-Rentenversicherung, Freilassungen, Wiedereinstellung/Lohnnachzahlung, Gewerkschaftswahlen/Autonomie.

Wer ist José Bodas?

José Bodas Lugo ist gewählter Generalsekretär der Erdölgewerkschaft FUTPV und Sprecher der Gewerkschaftsströmung C-CURA. Er arbeitet seit Jahrzehnten beim staatlichen Erdölkonzern PDVSA in der Raffinerie in Puerto La Cruz und ist gelernter Anlagentechniker und Jurist. Er ist eine der seit Jahrzehnten konstanten, international sichtbaren Stimmen für Tarifautonomie, demokratische Gewerkschaftswahlen und Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Unternehmen.

Wir sehen Josés Arbeit als Teil der Bemühungen, die unabhängige Gewerkschaftsbewegung unter extrem schwierigen Bedingungen wiederzubeleben: gegen Sparkurs und Restrukturierungsprogramme, gegen Hungerlöhne und gegen faktische Verbote bzw. massive Repression von Gewerkschaftsarbeit. Seit 2009 wurden unabhängige Gewerkschafter, im Falle von José auch hohen Wahlämtern zum trotz, zunehmend vom korporativen Gewerkschafts-Apparat der Regierungspartei PSUV marginalisiert, eingeschüchtert, entlassen und verhaftet.

„Die inhaftierten Gewerkschafter*innen werden nicht gesehen“

[Interviewer:] Ihr protestiert für die Freiheit inhaftierter Gewerkschafter*innen? Wird das nicht durch das Amnestiegesetz geklärt, das jetzt kommt?

[José Bodas:] Die inhaftierten Gewerkschafter*innen sind gerade die, über die man hier leider am wenigsten hört. Im Allgemeinen bekommen „politische Gefangene“ — die, um ehrlich zu sein, oft aus dem Umfeld rechter Parteien kommen — viel mehr öffentliche Resonanz. Wenn die Leute „politische Gefangene“ hören, denken sie oft an Gegner der Regierung aus dem rechten und rechtsextremen Lager. Deshalb betonen wir besonders: Uns geht es um politische Gefangene, die Arbeiter*innen sind und wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivität festgenommen wurden; Gewerkschaftsfunktionärinnen; und natürlich auch politische Gefangene im Allgemeinen. Denn wenn man demokratische Freiheiten verteidigt, verteidigt man sie nicht nur für diejenigen, die so denken wie man selbst, sondern für die gesamte Bevölkerung. Das ist für uns klar.

Brutales Anpassungsprogramm seit 2018: Lohnstopp, Boni-System, Tarifblockade

Die Proteste richten sich ja gegen eine Regierung, die ein Paket brutaler Sparmaßnahmen durchführt. Bereits seit 2018 ging das mit dem „Programm für Erholung, Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand“ los, begleitet von der schlimmsten Hyperinflation unserer Geschichte. Dazu kamen staatliche Verordnungen wie von der Haushaltsbehörde ONAPRE oder das „Memorandum 2792“, die faktisch jegliche Tarifverhandlungen verbieten. Daher sind wir auch mehr als drei Jahre ohne Lohnerhöhung! Stattdessen zahlt der Staat eine Art Lohnersatz oder Zuschlag (bono): Der tabellenwirksame Lohn mit Auswirkungen auf das Gehalt beträgt mittlerweile nicht einmal einen halben Dollar pro Monat! Aber es gibt „Zuschläge“ – Zuschläge, die keinen Einfluss auf Entgeltansprüche und Sozialleistungen der Beschäftigten haben – zwischen 120 und 240 Dollar pro Monat. In einigen Bereichen mehr, in anderen weniger. Beahlt wird also über Zuschläge, die keinen Einfluss auf das Gehalt haben, aufgrund dieses Anpassungspakets. Das ist die Ursache für unsere brutale Wirtschaftskrise als Arbeiter*innen.

Sozialproteste und Kriminalisierung jenseits der Opposition

Und es werden nun auch zunehmend protestierende Arbeiter*innen und gewerkschaftliche Aktivist*innen verfolgt oder inhaftiert, die nichts mit der extremen Rechten zu tun haben. Sei es, weil sie sich über Stromausfälle beschwerten, weil sie gegen soziale Missstände protestieren: Ständige Stromausfälle, Probleme mit dem Internet, Krise im Gesundheitswesen, Mangel an Geräten und Medikamenten in den Krankenhäusern. Auch dafür wird man verhaftet. In der Regel haben diese Proteste nichts mit den rechten Parteien zu tun. Mittlerweile ist es so, dass alle Gewerkschaftsaktivitäten kriminalisiert werden, ebenso wie soziale Proteste: wenn die Bevölkerung protestiert, weil es kein Wasser gibt, weil sie seit 10, 15 Tagen ohne Wasserversorgung sind; wegen der Krise der öffentlichen Daseinsvorsorge; der Strom fällt aus: zwei Tage, einen Tag ohne Versorgung, 12 Stunden hier, 14 Stunden da... Die Menschen gehen dann natürlich auf die Straße, um zu protestieren: Und man nimmt sie einfach fest. Aktivist:innen, die – in ihrer Mehrzahl – zur Wählerbasis der PSUV, der Regierungspartei, zählten oder zählen. Das ist also eine repressive Regierung, die unabhängig von politischen Positionen diejenigen unterdrückt, die protestieren. Um die Kriminalisierung zu rechtfertigen, behauptet die Regierung regelmäßig, die Proteste folgten alle einem Plan zur Destabilisierung, sie seien von der Rechten infiltriert usw. Es muss aber klar sein, dass man das so nicht so erklären kann. Das sind einfach Proteste aus der Bevölkerung, sie haben nichts mit den rechten Parteien zu tun. Die Regierung kriminalisiert sie einfach.

Kernforderung: Gewerkschafts- und Koalitionsfreiheit

Und noch etwas, das uns jetzt wichtig ist: Wir sagen, dass wir im Rahmen der Amnestie nicht nur die Freilassung von Gefangenen fordern. Darüber hinaus muss die Gewerkschafts- und Koalitionsfreiheit wiederhergestellt werden. Denn mit dem derzeit debattierten Entwurf eines Amnestiegesetzes würden bestimmte politische Gefangene freikommen. Das ist gut. Typische Vorwürfe gegen inhaftierte Gewerkschafter*innen werden aber, anders als bestimmte Gewaltverbrechen der politischen Rechten, gar nicht als Amnestiegründe adressiert. Und unser dringendstes Problem ist: In staatlichen wie in privaten Betrieben kann man heute in Venezuela praktisch keine unabhängige Gewerkschaftsarbeit mehr machen!

Kontrolle der Gewerkschaften: Will Rangel, PSUV und die Kriminalisierung interner Kritik

Die einzige faktisch noch zugelassene Gewerkschaftsarbeit ist die der Regierungspartei PSUV unter ihrem jahrzehntelangen Chef Will Rangel. Es gibt auch aktive Gewerkschafter*innen, die zur Regierungspartei PSUV gehören, offiziell regierungsnah sind, aber nicht auf der Linie von Will Rangel. Wer sich aber gegen Will Rangel stellt, selbst wenn er chavistisch ist oder PSUV-Mitglied, aber unabhängiger vom Parteiapparat, der/die wird ebenfalls kriminalisiert.

PDVSA, Subunternehmer und „solvencia sindical“: Wie Patronage und Privilegien organisiert werden

Das heißt: Will Rangel und sein Apparat geben die Linie vor, und die Unternehmen orientieren sich ausschließlich daran. Dabei geht es denen oft um Seilschaften bei den Subunternehmen. Denn damit eines der zahlreichen Subunternehmen beim staatlichen Ölkonzern PDVSA zum Zuge kommen kann, muss es sich auch bei der Erdöl-Gewerkschaft vorstellen. Früher lief das Mitbestimmungsverfahren über die Einheitsgewerkschaft, heute allein über Will Rangel und seinen Apparat. Was wird dort besprochen? Zum Beispiel: Wie viele Beschäftigte das Subunternehmen beschäftigen kann, welche Arbeiten beauftragt werden, welcher Standort, außerdem Beschwerdemechanismen für Arbeiter*innen, usw. Am Ende gibt es das, was man hier „solvencia sindical“ nennt: eine Art gewerkschaftliche Unbedenklichkeits- oder Zulassungsbescheinigung, die auch Voraussetzung bei einer Neueinstellung ist. Die Gewerkschaft bescheinigt, dass eine offizielle Vorstellung des Subunternehmens stattgefunden hat; dass man darüber informiert ist, dass dieses Unternehmen beauftragt wird, welchen Umfang die Arbeiten haben werden, wie viele Fachkräfte eingestellt werden müssen und wer bestimmte Jobs am Ende bekommt. Das wird dann missbraucht, damit diese Subunternehmen der Gewerkschaftsbürokratie Privilegien geben: sie schleusen deren Verwandte rein, sie schieben ihnen dies und das zu... Der Apparat bestimmt das alles allein – die Arbeiter*innen haben keine Mitbestimmung.

Kriminalisierung der Gewerkschaftsarbeit: Flugblatt als „Sabotage“, Kritik als „Hass“

Deshalb fordern wir Gewerkschaftsfreiheit, und zwar für alle Strömungen. In Venezuela ist richtige gewerkschaftliche Aktivität kriminalisiert. Ich kann z.B. nicht in die Raffinerie in Puerto La Cruz gehen mit einem Flugblatt oder einer Zeitung und da Dinge anprangern wie: „Schaut, es gibt keinen gültigen Tarifvertrag“. Nein. Dann kommt die Guardia Nacional. Die staatlichen Organe, die in der Raffinerie sind, wie die Geheimdienste SEBIN oder DGCIM, können dich leicht festnehmen und behaupten, du würdest den Betrieb „sabotieren“. Und sie können dir etwas mit dem „Verfassungsgesetz gegen Hass“ (Ley Constitucional contra el Odio) anhängen, wenn du z.B. einen Manager beschuldigst, dass es seit Jahren keinen Tarifvertrag gibt. Dann heißt es auf einmal „Du stachelst die Arbeiter*innen zum Hass an“ und es gibt eine Beweislastumkehr, also Du musst erstmal das Gegenteil beweisen.

Wir sagen: In der aktuellen Lage ist jede Person, die illegal festgenommen wird —ob wegen politischer Aktivität oder wegen Gewerkschaftsaktivität— ein politischer Gefangener.

Erste Freilassungen, Verschwindenlassen und die Konstruktion von „Terrorismus“-Vorwürfen

[Interviewer:] Meinst du, dass einige der gewerkschaftlichen Kolleginnen in den nächsten Tagen oder Wochen freikommen könnten?

[José Bodas:] Ja, einige sind bereits rausgekommen. Zum Beispiel kam diesen Samstag ein Kollege aus dem Bundesstaat Anzoátegui frei, Ulises Martínez. Er ist bei Fetraanzoátegui (Gewerkschaftsföderation im Bundesstaat Anzoátegui), dem Verband mit Nähe zur Oppositionspartei AD (Acción Democrática, sozialdemokratische Mitte-Rechts-Partei) und deren Gewerkschaftsdachverband CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela). Er kam aus dem US-nahen Oppositions-Lager von María Corina Machado und ihrer Partei Vente Venezuela – und er saß im Gefängnis. Wir haben auch seine Freilassung gefordert... und jetzt haben sie ihn am Samstag (31.1.2026) freigelassen. Er war 70 Jahre alt und im Gefängniskomplex El Rodeo bei Caracas inhaftiert. Sie haben ihn festgenommen und die Familie wusste zunächst einen Monat, anderthalb Monate lang nicht, wo er ist. Sie sind zu Menschenrechtsorganisationen, zu Behörden, zu allem Möglichen gegangen – weil die Repressionskräfte hier jemanden greifen... und wegbringen, und wohin kommt er? In die Obhut von Polizei- und Sicherheitsorganen, und sie sagen dir einfach nichts. Sie sagen: „Er ist nicht hier.“ Niemand weiß etwas. Das sind faktisch Fälle von Verschwindenlassen. Nicht im Maße wie unter Videla (Jorge Rafael Videla; argentinische Militärdiktatur), aber es gibt viele Gefangene, die in venezolanischen Gefängnissen nach Misshandlungen durch Uniformierte gestorben sind. Und die Unsicherheit: Du weißt nicht, wo du bist, du weißt nicht, was mit dir passiert. Und die Rechtfertigung ist dann: Die verhafteten Erdölarbeiter*innen, das seien gar keine politischen Gefangenen, das seien „gewöhnliche Kriminelle“, weil man ihnen ja angeblich einen Prozess machen werde... Und dann gibt es Beschuldigungen wie „Terrorismus“ oder „Diebstahl von Rohöl“ z.B. gegen Arbeiter*innen, die gar nicht in einem relevanten Bereich arbeiten, die z.B. nicht an den Verladehäfen arbeiten, überhaupt nichts mit Abfüllung zu tun haben können usw. Es ist eine Lage, in der Regierung und Unternehmen im Grunde jeden beschuldigen können. Außerdem werden Prozesse verschleppt, während die Kolleg*innen im Gefängnis sitzen. In einem aktuellen Fall wurde erst nach drei Monaten Haft überhaupt die Anklage erklärt – unter grober Verletzung der Verfahrensgarantien. Das ist die Lage.

Umfang der Repression: Listen, Haftzahlen, Verschärfung

[Interviewer:] Und wie viele Gewerkschafter*innen sind ungefähr noch in venezolanischen Gefängnissen?

[José Bodas:] Ich habe dem IGAKK die Liste zugesandt: Es gibt nach wie vor etwas mehr als hundert Arbeiter*innen und Gewerkschaftsfunktionär*innen in Haft in Venezuela. Auch meine Kolleg*innen und mich haben sie vor einigen Jahren, am 3. Februar 2014 in der Raffinerie Puerto La Cruz, festgenommen. Wir waren drei Tage in Haft, weil wir damals eine Aktion zur Tarifrunde gemacht haben – und Flugblätter verteilt haben. Früher haben sie uns immer festgenommen und kurz darauf wieder freigelassen. Das geht heute nicht mehr, weil sie dich inzwischen der Staatsanwaltschaft vorführen. Früher haben sie uns zum Kommando der Guardia Nacional gebracht, haben uns vier, sechs Stunden festgehalten und dann gesagt: „Pass auf, dies, das... wir ermitteln jetzt zu Dir...“, und haben uns wieder laufen lassen – als Einschüchterung. In letzter Zeit gilt aber: Wer Flugblätter in der Raffinerie verteilt, kommt ins Gefängnis.

Exil, OPEC und politische Brüche innerhalb der Gewerkschaftslandschaft

[Interviewer:] Mussten Gewerkschafter*innen das Land verlassen?

[José Bodas:] Ja, doch – viele Aktive sind wegen der Wirtschaftskrise und auch wegen politischer Verfolgung gegangen. Da ist einer, der bekannt ist, aus dem Gewerkschaftsverband: Iván Freites. Er ist in den USA, aber er ist Rechtsaußen, bei María Corina Machado. Er war mal auf unserer Liste, ist mit unserer Liste nach oben gekommen, hat dann mit uns gebrochen und ist zur Rechten gegangen. Er musste tatsächlich ins Exil. Er ist sogar gegen die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder); er nennt sich Feind der OPEC, und vertritt, Venezuela müsse auf sechs Millionen Barrel Erdölproduktion pro Tag kommen, um die OPEC-Disziplin zu sprengen. Also er ist Gewerkschafter und Venezolaner, aber er klagt an, die OPEC sei ein schlimmer „Gewerkschaftsbund“ aus Diktaturen und Kommunisten... Das ist der Diskurs der transnationalen Konzerne.

Was internationale Solidarität praktisch bedeuten kann

[Interviewer:] Was können wir konkret tun, angesichts dieser Repression?

[José Bodas:] Wir machen genau deshalb Versammlungen, organisieren landesweite Treffen in Caracas, wir beziehen öffentlich Stellung, wir intervenieren bei der Staatsanwaltschaft und übergeben Protest-Schreiben. Es gibt eine Gruppe von Müttern und Angehörigen politischer Gefangener. Nach dem 28. Juli 2024, bei den Wahlen, hat die Regierung mehr als 2.000 Menschen festgenommen —darunter Jugendliche und Minderjährige— weil sie gegen Maduros Wahlbetrug protestiert haben. María Corina Machado hat die Leute nicht zum Protest aufgerufen. Die Leute sind auf die Straße gegangen, weil sie sich bei der Wahl betrogen fühlten; aber Machado sagte, sie sollten nicht auf Provokationen eingehen. Klar, die Regierung behauptet, die Proteste seien alle Machados Werk, aber es gibt nicht ein einziges Video, in dem die auch nur zum Protest aufruft. Die Leute sind am 28. Juli 2024 protestieren gegangen, als Maduro Wahlbetrug beging, und das nicht wegen der rechten Opposition...

„Nach dem 3. Januar“: Angst, Öffnungen und das Risiko neuer Kriminalisierung

[Interviewer:] Wie ist die Lage heute, fast einen Monat nach dem 3. Januar? Was habt ihr für Spielräume? Bleibt gewerkschaftliche Arbeit so gefährlich oder hat sich etwas verändert? Wie hat sich die politische Stimmung bei den Erdölarbeiter*innen entwickelt?

[José Bodas:] Es bleibt wirklich schwer. Und andererseits: Nach dem 3. Januar haben die Massen das Gefühl, die Regierung sei schwächer, und sie trauen sich jetzt mehr. Es war aber wirklich nicht einfach, für die Versammlung vom 28. Januar zu mobilisieren, und es gibt weiterhin viel Angst.

Viele Kolleg*innen haben unseren Protest begrüßt, aber es gibt auch welche, die sagen: „Seid ihr verrückt?“, weil es nun noch ein neues Problem gibt, den Ausnahmezustand wegen „äußerer Aggression“, wo es in Artikel 5 des Dekrets heißt, dass jeder, der dazu aufruft... wie soll ich's erklären? Wer dazu aufruft, sich „mit einer Invasion zu solidarisieren“, der kommt nun auch ins Gefängnis. Natürlich ist es gesunder Menschenverstand, wenn Dein Land angegriffen wird, das abzulehnen. Aber jeder weiß, dass die Regierung dieses Dekret in Wahrheit gegen diejenigen macht, die protestieren, die oppositionell sind. Mit diesem Dekret können sie sehr weitgehend kriminalisieren: Deine Versammlung sei dazu da, „für die Invasion“ zu mobilisieren, reicht als Behauptung. Dann kann man Dich „präventiv“ festnehmen, weil Du ja „schon im Begriff warst“, dazu aufzurufen. „Nein, ich habe doch gar nicht aufgerufen.“ „Doch, du wolltest gerade aufrufen.“ „Nein, ich bin gegen eine Invasion.“ „Das sagst du nur, weil du festgenommen bist. Das sagst du nur, weil du hier sitzt. Du willst mich täuschen.“ Wer entscheidet, wer „Verräter“ ist, wer „pro Invasion“ ist? Die Regierung, die sich mit der CIA trifft... Wenn man aber den Diskurs des

Chavismus sieht, und ich versuche nüchtern zu sein: Viele in Europa, progressive Leute in Australien oder Kanada, sehen in der Regierung vielleicht noch Reste von Progressivität. Ich erkläre es so: Unsere Regierung sagt: „In Europa und der Welt hebt der Faschismus wieder den Kopf; wir müssen den Faschismus stoppen; wir machen ein Gesetz gegen den Faschismus.“ Ein Europäer mag denken: „Gut so, ein Gesetz gegen Faschismus, wir sind alle gegen Faschismus.“ Aber dieses Gesetz gegen Faschismus wird am Ende gegen Arbeiter*innen angewendet, wenn sie für ihre Rechte kämpfen. Dasselbe beim „Gesetz gegen Hass“: „Ah, wenn ein Arbeiter einen Manager zur Rede stellt, wenden sie das Hass-Gesetz an.“ Wenn du einen Manager energisch konfrontierst, weil er Arbeitnehmerrechte verletzt, sagen sie: „Du hast provoziert, du stachelst an.“ Wenn du eine Versammlung machst, heißt es: Du stachelst Arbeiterinnen zum Hass an. Einfache gewerkschaftliche Aktionen werden umgedeutet: Du hast dich dann angeblich versammelt, um schlecht über einen bestimmten Manager zu reden, damit die Arbeiterinnen ihn „hassen“. Also drehen sie dir eine Straftat nach dem „Ley Constitucional contra el Odio“ an. Eine Straftat nach dem „Ley contra el Odio“. Das ist das, was hier in Venezuela passiert: Ein Gesetz kann —in Führungszeichen— „progressiv“ wirken, allein wegen seines Namens. Aber wir sehen: Es wird gegen aktive Kolleg*innen eingesetzt. Gegen Aktivist*innen, egal ob chavistisch oder unabhängig. Wenn jemand chavistisch ist, aber kritisch: „Das ist ein Infiltrierter.“ Wenn jemand rechts ist: „Das ist ein Agent der NATO. Eine Vorhut der NATO, der hat einen NATO-Plan.“ Und wenn jemand radikal links ist: „Nein, das ist ein Extremist, der ist nur Show, das ist ein CIA-Agent. Der redet so, um die chavistische Basis zu verwirren, aber er ist CIA.“ Also ob ultrarechts, rechts, sozialchristlich, gemäßigt links, ultra-links —wer auch immer Parolen der Arbeiter*innen hochhält, ist laut der Regierung „Agent der NATO“ oder „Agent der CIA“... einer Regierung, die sich jetzt selbst mit der CIA trifft. Ich weiß wirklich nicht, was sie jetzt sagen wollen. Aber so ist es in Venezuela gerade.

Konkrete Schritte: Versammlungen, Demo am 12. Februar und der Versuch einer neuen linken Organisierung

[Interviewer:] Und mit allem, was die Veränderungen der letzten Wochen bedeuten: Spürst du, dass sich ein Rahmen öffnet für neue gewerkschaftliche Aktivitäten? Eine Art neuer Spielraum? Oder ist es nur eine Veränderung ohne echte Öffnung?

[José Bodas:] Ja. Klar. Es gibt konkrete Fortschritte: Wir konnten diese Versammlung am 28.1. machen. Das war vorher undenkbar. Die Arbeiter*innen waren auch mit der Aktion zufrieden, es gab eine gute Stimmung. Und es gibt einen konkreten Plan für weitere Proteste. Ich habe Euch die Einladung geschickt, wir werden am 12. Februar nach längerer Zeit eine erste Gewerkschafts-Demo wagen. Der Aufruf kommt von Fetraanzoátegui. Ich selbst gehöre nicht zu dieser Strömung, aber sie haben zu einem offenen Bündnistreffen eingeladen. Hier ist der 12. Februar ein besonderes, kämpferisches Datum, der „Día de la Juventud“ (Tag der Jugend), weil es in der Unabhängigkeitskriegszeit eine Schlacht mit sehr jungen Leuten gab, die Schlacht von La Victoria im Bundesstaat Aragua —und weil sie diese Schlacht gewonnen haben. Wir werden als Gewerkschaftsbündnis mit dem Gewerkschafts-Dachverband CTV und mit den Gewerkschaftsbewegungen aus dem Baugewerbe und anderen Bereichen eine Demo für Lohnerhöhungen und für die Freiheit der Gefangenen machen. Aber es ist nicht leicht. Wir werden sehen. Es gibt zugleich immer noch viel Angst.

Und wir setzen in dieser Lage darauf, Klartext zu reden: die Linke wieder aufzubauen —eine Linke, die nichts mit dem Chavismus zu tun hat. Eine echte Linke, eine klassenorientierte, arbeitnehmerorientierte Strömung... Aber heute ist es in Venezuela schwierig, weil für die große Masse der Bevölkerung „Sozialismus“ gleich „Chavismus“ ist. Wir prangern heute die Erdölreform an, die von Trump und den Erdölkonzernen im Weißen Haus fabriziert wurde und von der Rodriguez-Regierung im Eiltempo durch das Parlament geboxt wurde. Manche denken nun: Es

wird Arbeit geben, Wohlstand, und die transnationalen Konzerne zahlen gut. Es gibt so etwas wie eine „Fieberstimmung“ für die transnationalen Konzerne. Hier reicht es, von Sozialismus, von Progressivität, von Arbeiterrechten zu reden, und man stempelt Dich als chavistisch ab. Obwohl wir seit fast zwanzig Jahren mit dem Chavismus nichts zu tun haben. Und trotzdem: Wie ist es? Wir sagen „gegen den Imperialismus“. Wir haben uns am Samstag mit Arbeiterinnen getroffen, die gerade neuen Mut fassen, in Umbruchstimmung sind. Und was haben sie mir gesagt? Sie dachten, ich sage „gegen den Imperialismus“ nur als Trick. Sie sagen: „Du bist oppositionell, aber verständlich, dass du das gesagt hast —sonst kämest du ins Gefängnis.“ So nach dem Motto: „Wir wissen, dass du die Invasion willst, aber du kannst das natürlich nicht sagen wegen des Ausnahmezustands.“ Wir mussten erklären: Wir sind nicht für den Imperialismus. Natürlich waren wir gegen die Bombardierung durch die USA, gegen die US-Seeblockade in den Wochen vor dem 3. Januar: Dort hat das US-Militär im Pazifik und in der Karibik dutzende Angriffe auf vermeintliche „Drogenboote“ verübt, und über 100 Fischer*innen, Flüchtlinge und andere Zivilisten aus Venezuela und unseren Nachbarländern hingerichtet, außergerichtlich —100 Menschen schon vor dem 3. Januar. Und beim Angriff auf Caracas am 3. Januar wurden ebenfalls etwa 100 Menschen getötet, Soldaten und Zivilisten. Man kann gegen den Imperialismus sein und gleichzeitig gegen die nationale Regierung. Aber bei vielen kommt nur an: „Wer gegen die Regierung ist, ist rechts, ist USA, ist Trump; und jeder, der gegen die USA ist, muss die Regierung unterstützen.“

Strategische Perspektive: rechte Programme, neue Bündnisse – und die Ölfrage

[Interviewer:] Diese Polarisierung verschwindet nicht über Nacht; sie sitzt im sozialen Gewebe. Sie war praktisch ein Vierteljahrhundert da. Und davor gab es andere falsche Polarisierungen. Aber vielleicht kann es jetzt etwas nachlassen. Hast du Hoffnung, dass — wenn das rechte Programm sowohl der Regierung als auch der Opposition erschöpft ist— beide neue Programme suchen müssen? Öffnet das nicht Raum für Lohnforderungen und für breite Gewerkschaftsarbeit für die alltäglichen Lebensforderungen? Könnte das jetzt mehr Raum bekommen, oder werden sie es wieder unterdrücken? Können sie das überhaupt noch?

[José Bodas:] Wir hoffen auch, dass sie jetzt ihre „neue politische Marke“ verkaufen müssen — irgendeine Art von Veränderung— und dass sie nicht mit der gleichen Repression wie immer weitermachen können. Genau darauf setzen wir. Darum die Versammlung der Erdölgewerkschaften am Mittwoch (28.1.); darum werden wir am 12. Februar die Demo machen.

Die Grenzen des rechten Programms sind sehr eng. Sehr kurz. Wir haben Chávez bekämpft. Chávez war ein Monster. Chávez war ein Monster. Ich habe gesehen: Wenn Chávez gesprochen hat, haben die Leute ihn im Fernsehen gehört und geweint. Sie weinten, weil sie sagten: „Zum ersten Mal verstehen wir einen Präsidenten; die anderen Präsidenten haben gesprochen, und wir haben nichts verstanden.“ Und jetzt war es nicht nur „dafür“ oder „dagegen“ —sondern vieles, was Chávez sagte, entsprach dem, was sie fühlten. Und diese gleichen Massen verehren heute María Corina Machado. Es ist dasselbe Land! Aber Chávez hatte diese Position eines begrenzten Antiimperialismus und objektive Reibungen mit dem Imperialismus... Es gab 2002 einen Putsch gegen ihn, und die Massen gingen auf die Straßen, um ihn zu verteidigen und wieder ins Amt zu bringen. Aber die Massen brachten ihn zurück und sagten: Chávez sei ein großer Strategie, er habe sich unfassbar aufgeopfert und alle Verdienste seien letztlich Chávez' Verdienste. Und wir haben gesagt: Die Verdienste liegen bei den Massen.

Und ja, jetzt haben wir in der neuen Lage auch eine große Möglichkeit. Und wir reden nicht nur darüber —wir tun es. Die Versammlung letzte Woche; am 12. die Demo. Erst heute Morgen hatten wir ein Treffen bei Fetraanzoátegui, zur Vorbereitung der Demo und um mit den Kolleg*innen die politischen Unterschiede zu diskutieren. Sie haben Erwartungen —sie kommen aus Acción

Democrática und so weiter— Erwartungen an eine rechte Regierung. Wir haben ihnen sehr klar gesagt: Wir gehen da nicht mit; wir sind links, wir sind revolutionär, wir stehen links vom Chavismus, verstehst du? Aber wir wollen eine pluralistische Arbeiterbewegung aufbauen, um konkrete Dinge zu verteidigen: Tarifvertrag, Gewerkschaftsfreiheit, Lohn, Wohnen, dass die Einnahmen aus der Erdölrente im Land, bei der Bevölkerung ankommen.

Wir führen eine ehrliche, ruhige Debatte —mehrere Strömungen. Es gibt einen Sektor, der regierungsnah ist, aus einer Partei, die „Somos Venezuela“ heißt, und deren Präsidentin Delcy Rodríguez ist. Und es gibt eine andere, „Movimiento Futuro“. Das sind chavistische Unternehmer, so etwas wie ein neuer „Gran Polo Patriótico“, etwas Neues, mit blauen Farben, nicht rot. Auch ein Kollege aus der gewerkschaftlichen Strömung dieser Partei ist nun mit bei der Protestplanung dabei, ohne Berührungsängste. Und ein anderer Kollegen aus der Basis der rechten Opposition (MUD). Er war 2002 sehr jung bei den Erdölstreiks aktiv, hat später studiert, ist Ingenieur. Und heute sagte er: „Die Reste der Regierung, wenn ich jetzt diese Erklärung zur Ölreform lese, die liefern ja alles an die transnationalen Öl-Konzerne aus. Wer hätte das gedacht. Ausgerechnet die, die vom Antiimperialismus geredet haben, liefern jetzt das Öl aus.“ Und dieser Kollege ist, sagen wir, in der Basis der Rechten. Und dennoch kommen wir auf diesem Level zusammen. Du siehst: Alles bewegt sich, da gibt es viele Beispiele...

Und andere Arbeiter, die hören, dass wir gegen die Erdölreform sind, sagen: „Okay, aber warum hast du nichts gesagt, als sie unser Erdöl den Kubanern oder den Russen verscherbelt haben? Ah, dir tut nur weh, dass sie aufgehört haben, es den Chinesen zu geben. Jetzt geht's nicht mehr an die Chinesen —jetzt geht alles an Donald Trump.“ Stell dir diese Debatte vor! Dabei haben wir die Chinesen kritisiert, die Russen kritisiert —unser ganzes Leben lang. Öffentlich. Aber im Moment gibt es eben dieses Fieber, und weiterhin die Polarisierung.

Praktischer Schutz durch Kontakte und Öffentlichkeit

[Interviewer:] Wenn eure These stimmt, und sie gewinnt politisch an Gewicht - vielleicht müssen wir einen Mechanismus aufbauen, um das, was ihr unter den neuen Bedingungen aufbaut, besser zu schützen. Was können wir in den nächsten Wochen für euch tun, José?

[José Bodas:] Was immer ihr sagt. Die Solidarität ist wichtig —ihr müsst verstehen: Die Regierung hat abrupt gewechselt, aber das Regime ist noch da, es ist sehr angeschlagen, und es ist nicht mehr dasselbe. Es ist widersprüchlich: Es sind dieselben Personen, dieselben Richter usw., aber die Lage, in der sie stecken, ist nicht mehr gleich. Solidarität ist wichtig, Kontakte sind wichtig. Und Auftakt der Demo am 12. Februar ist um 9 Uhr morgens. Manchmal ist es wegen der Verbindung schwierig. Wenn die Verbindung schwach ist, schicke ich eine Nachricht, und dann sind wir in der Lage zu sagen: „Schau, Kollege, so und so —hier treffen wir uns.“ Wenn es möglich ist, sage ich den Kolleginnen: „Wir machen ein Foto oder ein kleines Video: ‚Hier sind wir —für die Kolleginnen in Deutschland... hier sind wir in Venezuela.‘“

Polarisierung und Abgrenzung: „Freiheit für Maduro?“ – Nein

Und diese Polarisierung kennen wir nur zu gut. Ein Kollege sagte zu mir: „Schau, was du gesagt hast, ist gut, aber... ich hab's mir angehört und dachte: Es ist komisch —du forderst die Freiheit für Maduro.“ Ich habe erklärt: „Nein, habe ich nicht, ich fordere sie für die Arbeiter*innen.“ Eine Kollegin schrieb auf Facebook: „Und obwohl du das alles anprangerst, forderst du Freiheit für Maduro, ich verstehe dich nicht.“ Die Polarisierung ist so groß, dass man dir Worte in den Mund legt, die du nicht gesagt hast. Das Video ist klar: Ich erwähne Maduro nicht einmal, ganz ehrlich. Ich erkläre mich gegen den Imperialismus und so weiter, aber ein Teil der Leute... „Doch, du forderst Freiheit...“ Gerade da grenzen wir uns aber vom Chavismus ab: Denn wenn Delcy Rodríguez sich nun mit der CIA trifft, wenn Delcy Rodríguez ständig mit Donald Trump spricht —

eine Stunde, 15 Minuten—, dann hat Delcy Rodríguez einen direkten Draht, damit Maduro wieder freikommt. Was braucht es da meine Worte? Meine Pflicht ist: für die Gewerkschaftsaktivist*innen kämpfen —ob sie so denken wie ich oder nicht; ob sie rechts sind oder ultrarechts. Und ich sage dir eins: Freiheit für die Henker fordern —wenn so viele Arbeiterinnen in Haft sind... Hier wurden Jugendliche... bei Protesten haben sie Jugendliche getötet, und Maduro wusste, dass sie in diesen Protesten zwei, drei Jugendliche töten, und er trat abends um sieben im Fernsehen auf und tanzte Salsa, weil er Salsa mag. Gut, ich mag Salsa auch, Salsa ist großartig —aber, naja.

Also: Achtung. Wir sind gegen den Imperialismus, wir verurteilen den US-Angriff und wir wissen, was das bedeutet —aber zwingt mich nicht, auch noch den Henker zu verteidigen. Nein. Hier in Venezuela sagt man: „Uns fließt Blut durch die Adern, nicht Chicha“ (wir reden Klartext).

Historischer Bruch in der Ölpolitik: Von der Verstaatlichung zu neuen Regeln zugunsten der Konzerne

[Interviewer:] Ist die „Verstaatlichung“ des Erdöls mit dem neuen Erdölgesetz von 2026 jetzt zu Ende?

[José Bodas:] Die Verstaatlichung (Nationalisierung) der Erdölindustrie in Venezuela am 1. Januar 1976, lief ja unter der Regierung von Carlos Andrés Pérez von „AD“, der venezolanischen Sozialdemokratie. Das heißt: Die Verstaatlichung hatte von Anfang an nichts mit „Kommunisten“ zu tun. Die AD-Regierungen haben die Erdölindustrie trotz Nationalisierung ausverkauft an die USA. Chávez machte dann 2001-2006 eine Erdölreform und führte 2007 die Rechtsform der „empresas mixtas“ (gemischte Unternehmen bzw. Joint Ventures) ein, bei denen der Staat die Mehrheit der Anteile an Förderprojekten hält und die leitende und regelnde Instanz sein sollte. Das ist nun vorbei. Seit der aktuellen Erdölreform von 2026 ist es nun anders: Wenn sie „empresas mixtas“ machen, können die transnationalen Konzerne nun selbst das Öl erkunden, fördern, und verkaufen, wie es ihnen passt. Auch dann, wenn sie weiterhin eine Minderheitsposition halten. Zweifellos ist in diesem Moment die „Verstaatlichung“ des Erdöls in Venezuela —eine Politik von über 100 Jahren Erdöl-Nationalismus, so begrenzt wie du willst— zu Ende.

[Interviewer:] Was bedeutet die Ölreform für die Arbeiter*innen?

Die direkten Folgen sind: Die transnationalen Konzerne akzeptieren keinen Tarifvertrag. Keine Tarifbindung. Wenn sie kommen, schaffen die transnationalen Konzerne keine Rentenansprüche und keine Altersabsicherung für die Arbeiter*innen —es gibt keinerlei Absicherung. Bei den transnationalen Konzernen sind überhaupt nur diejenigen fest angestellt, die direkt in der Produktion arbeiten. Alle anderen werden ausgelagert in Fremdfirmen, laufen über Subunternehmen. Und das haben wir schon live erlebt – nicht aus Büchern gelernt – als in den 1990ern die „apertura petrolera“ (Öl-Öffnung/Privatisierungsphase) lief, in den strategischen Assoziationen der „Faja Petrolífera del Orinoco“ (Orinoco-Gürtel). Und wir haben es gelernt, weil der US-Erdölkonzern Chevron ja all die Jahre nach wie vor hier produziert. Die transnationalen Konzerne sind nie weg gewesen; auch unter Chávez und Maduro waren sie hier. Chevron ist seit 100 Jahren da. Venezuela hat wenig vom besonders kostbaren Leichtöl, aber Chevron hat 70% des venezolanischen Leichtöls in Lizenz. Das meiste ist ja mittleres und schweres und sogar Schwerst-Öl, was besonders kostspielig in der Förderung ist. Aber was ich dir sagen will: Wir kennen die nordamerikanischen transnationalen Konzerne, wir kennen die chinesischen, russischen, weißrussischen transnationalen Konzerne – Arbeitnehmerrechte sind da insgesamt ein Fremdwort...

Danke an die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, an die deutsche Arbeiterklasse; unsere Solidarität auch mit euren Kämpfen dort. Wir glauben, dass sich eine große Chance öffnet, und wir

nutzen sie. Wie die Kolleg*innen Raffineriearbeiter aus Puerto La Cruz sagen: Nur der Kampf verändert das Leben der Arbeiterklasse.

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Erneut #KeinBlutfürÖl: Der Internationale Gewerkschaftsbund u.a. verurteilen die militärische Aggression der USA und die Verletzung der Souveränität Venezuelas](#) und darin auch die Solidaritätserklärung der IGAKK (Internationaler gewerkschaftlicher Arbeitskreis Köln)